

**Fragestunde  
gemäß § 48 der Geschäftsordnung  
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung  
am 16.12.2021**

<p><b>Nr. 33</b></p>	<p><b>Faissal Wardak</b> <b>BLW/ULW/BIG</b></p> <p>. Dez. IV z.w.V.</p>	<p>Die BI „Grüne Zukunft Freudenberg“ kritisiert u.a., dass der Bebauungsplan zum Neubau der HSK, bereits über 40 Jahre alt und unter klimatischen und ökologischen Gesichtspunkten total veraltet sei. Angesichts des Klimanotstandes, den Wiesbaden ausgerufen hat, muss hier dringend eine neue Sichtweise her.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Wie viele 25 Jahre und ältere Bebauungspläne gibt es in Wiesbaden, die unter heutigen ökologischen Gesichtspunkten (Stichwort: Klimanotstand) dringend überarbeitet und anders gestaltet werden müssten?</li> <li>2. Wie gedenkt die Landeshauptstadt Wiesbaden mit dem Problem ökologisch unzureichender alter Bebauungspläne in Zukunft umzugehen?</li> </ol>
<p><b>Nr. 27</b></p>	<p><b>Ronny Maritzen</b> <b>Die Grünen</b></p> <p>Dez. V z.w.V.</p> <p><b>Schriftliche Beantwortung</b></p>	<p>Der fortschreitende Verbrauch bzw. die Versiegelung von Flächen wird zu einem immer schneller und drängender anwachsenden Problem.</p> <p>Die Fläche Hessens beträgt rund 21.000 km<sup>2</sup>. Davon wurden im Jahr 2018 täglich rund 2,82 ha für Siedlungs- und Verkehrsflächen neu in Anspruch genommen.</p> <p>Die 3. Änderung des Landesentwicklungsplans Hessen 2000 enthält den Grundsatz, dass bis zum Jahr 2020 entsprechend der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Hessen die Flächeninanspruchnahme für Siedlungs- und Verkehrsflächen landesweit auf 2,5 ha pro Tag reduziert wird.</p> <p>Ungeachtet der Tatsache, dass ich diesen Verbrauch für viel zu hoch halte, frage ich den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Wenn man die 2,5 ha pro Tag herunterbricht auf die Fläche, die Wiesbaden anteilig gemäß dieser Regel verbrauchen dürfte, wie groß wäre diese Fläche?</li> <li>2. Wieviel Fläche wurde/wird in Wiesbaden tatsächlich versiegelt/verbraucht in den Zeiträumen: 2015-2020, 2021-2025?</li> </ol>

<p><b>Nr. 41</b></p>	<p><b>Silas Gottwald SPD</b></p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Kann bei Neubau- oder Verdichtungsprojekten die von der Wiesbadener Stellplatzsatzung geforderte Zahl an KFZ- und Radabstellplätzen errichtet werden, sind Stellplatzablösen fällig. Diese werden im sog. Garagenfonds gesammelt, der - und das regelt die Hessische Bauordnung - sowohl für Bau und Unterhalt von Parkeinrichtungen verwendet werden kann, als auch für Investitionen in den Rad- und Öffentlichen Personennahverkehr.</p> <p>Wir fragen daher den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Zu welchen prozentualen Anteilen wurden die Gelder des Garagenfonds in den letzten zehn Jahren für die drei Kategorien [a] Parken/ruhender Verkehr, [b] Radverkehr sowie [c] ÖPNV verausgabt?</li> <li>2. Für welche Maßnahmen (sortiert nach den bei 1. genannten Kategorien) sind darüber hinaus Mittel des Garagenfonds kurz- und langfristig gebunden?</li> </ol>
<p><b>Nr. 40</b></p>	<p><b>Dr. Gerhard Uebersohn SPD</b></p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Seit Herbst 2019 werden Wiesbadens Ampeln sukzessive für „DIGI-V“ umgerüstet. Kernstück des Systems sind dabei an den Ampeln angebrachte Sensoren, die u.a. Art und Anzahl der Fahrzeuge erfassen. Gleichzeitig wurden an vielen Ampeln Bedarfsknöpfe für Fußgänger installiert. Ende 2020 berichtete die damalige Leiterin des Tiefbauamtes, dass die Sensoren auch ohne aktive, zentrale Steuerung bereits Daten erheben würden.</p> <p>Wir fragen daher den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Wie werden Fußgänger und Radfahrer von der künftigen Ampelsteuerung erkannt und mit welcher Priorisierung berücksichtigt?</li> <li>2. Welche Daten werden seit wann an welchen Knotenpunkten erfasst und gespeichert?</li> <li>3. Wer hat derzeit Zugriff auf diese Daten und für welche Zwecke werden sie bereits genutzt?</li> <li>4. Ist beabsichtigt, diese Daten (analog zu bspw. Darmstadt<sup>1</sup>) auch öffentlich zur Verfügung zu stellen?</li> </ol>
<p><b>Nr. 30</b></p>	<p><b>Annette Schmitt SPD</b></p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Ein Großteil der im Handel angebotenen Blumenerden enthält Torf aus Hochmooren. Dies ist in mehrfacher Hinsicht ein Problem. Zum einen werden durch den Torfabbau Lebensräume mit einzigartiger Tier- und Pflanzenwelt zerstört. Zum anderen wird durch den Abbau das Klima geschädigt, da durch die Entwässerung der Feuchtgebiete CO<sub>2</sub> entweicht und der Speicher für dieses Treibhausgas dauerhaft wegfällt. Torffreie Blumenerde bietet eine gute Alternative zur umweltschädlichen Torferde.</p>

<sup>1</sup> <https://datenplattform.darmstadt.de/verkehr/apps/opendata/#/>

		<p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Benutzt das Wiesbadener Grünflächenamt torfhaltige Erde?</li> <li>2. Wo wird torfhaltige Erde eingesetzt?</li> <li>3. Ist es geplant, in Zukunft auf torfhaltige Erde zu verzichten?</li> <li>4. Gibt es auf den Friedhöfen bei der Grabpflege Regeln zum Einsatz torfhaltiger Erde?</li> </ol>
<b>Nr. 31</b>	<p><b>Michaela Apel</b> <b>SPD</b></p> <p>Dez. II z.w.V.</p>	<p>Die Kameraüberwachung des Inneren Westends wurde eingeführt, um bei der Erfassung von Straftaten zu helfen und diese zukünftig zu verhindern. Einem Artikel des Wiesbadener Kuriers vom 19.08.2020 ist zu entnehmen, dass Fahrbahnen auf diesen Aufnahmen grundsätzlich geschwärzt werden.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Ob eine Nötigung keine durch Überwachung zu verhindernde Straftat ist, wenn sie von einem Autofahrer begangen wird?</li> <li>2. Ob Beleidigungen und Drohungen keine durch Überwachung zu verhindernden Straftaten sind, wenn sie aus einem Auto heraus begangen werden?</li> <li>3. Gibt es Erfahrungen, nach denen die Dealer ihre Autos grundsätzlich verlassen, wenn sie ihre Klientel bedienen?</li> <li>4. Warum es sinnvoll ist, mit der geschwärzten Fahrbahn eine ortsnahe Rückzugsmöglichkeit für Verhaltensweisen anzubieten, die ein Tatgeneigter nicht auf Video aufgenommen haben möchte?</li> </ol>
<b>Nr. 49</b>	<p><b>Daniela Georgi</b> <b>CDU</b></p> <p>Dez. I z.w.V.</p>	<p>Am 27. Oktober 2021 wurden im Wiesbadener Rathaus Rosen von der ‚DITIB Türkisch Islamischen Gemeinde zu Wiesbaden‘ verteilt und um ein gemeinsames Foto mit den Vertretern der Gemeinde gebeten.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Wer hat das Verteilen der Rosen im Rathaus genehmigt?</li> <li>2. Auf welcher Grundlage wurde die Genehmigung erteilt?</li> <li>3. Was genau beinhaltete diese Genehmigung?</li> <li>4. Warum hat man den DITIB Vertretern das Verteilen der Rosen im Rathaus gestattet, obwohl schwere Vorwürfe gegen die Dachorganisation in Bezug auf ihre enge Verbindung zu dem türkischen Präsidenten Erdogan erhoben werden?</li> </ol>

<p><b>Nr. 34</b></p>	<p><b>Ingo von Seemen Die Linke</b></p> <p>Dez. VI z.w.V.</p>	<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Wie viele alleinstehende und alleinerziehende Geflüchtete, die derzeit in Gemeinschaftsunterkünften der LHW leben und Leistungen nach dem AsylbLG erhalten, sind von Kürzungen betroffen und erhalten lediglich Leistungen nach der Regelbedarfsstufe 2b?</li> <li>2. Wie viele alleinstehende und alleinerziehende Geflüchtete, die derzeit in LHW in Gemeinschaftsunterkünften leben und Leistungen nach dem AsylbLG erhalten, erhalten weiterhin Leistungen entsprechend Regelbedarfsstufe 1?</li> <li>3. Wie viele Anträge hat es nach Leistungskürzungen seit dem 01.09.2019 auf Wiedereinsetzung in die Regelbedarfsstufe 1 gegeben? Wie wurden diese Anträge beschieden?</li> <li>4. Wie viele Widersprüche und Klagen hat es gegen die Rückstufungen in die Regelbedarfsstufe 2b gegeben und wie wurden diese entschieden?</li> <li>5. Wie beabsichtigt die LHW mit den Rückstufungen in die Regelbedarfsstufe 2b den Betroffenen, in Anbetracht der Entscheidung des Hessischen Landessozialgericht (Az.: L 4 AY 3/21 B ER), in Zukunft zu verfahren?</li> </ol>
<p><b>Nr. 58</b></p>	<p><b>Nina Schild Die Linke</b></p> <p>Dez. I z.w.V.</p>	<p>Eine Umfrage unter den städtisch Beschäftigten, u. a. zum Thema Wohnsituation und -kosten im Herbst 2020, hat ergeben, dass viele Beschäftigte überlegen, wegen der hohen Mietkosten aus der LHW wegzuziehen. Schon heute wohnt mehr als 1/3 (39%) außerhalb der LHW. Für 52% stellen die Wohnkosten eine Belastung dar. Initiator*innen der Umfrage waren OB Mende, Wohnungsdezernent Manjura und die Gesamtbeschäftigtenvertretung.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Angesichts der immer weiter steigenden Kosten -Wie sollen Beschäftigte der LHW noch ihre Mieten zahlen?</li> <li>2. Ist es denkbar, dass in Abstimmung mit anderen Städten in der Metropolregion Rhein-Main, z.B. eine „Regionalzulage RheinMain“ (analog zur Regionalzulage Berlin) eingeführt wird, um den Kostendruck für die Beschäftigten etwas zu senken?</li> <li>3. Welche Lösungen und Maßnahmen hat der Magistrat bisher gefunden und ergriffen, um dem herrschenden Fachkräftemangel und den Umfrageergebnissen der Beschäftigten aus 2020 entsprechend zu begegnen?</li> </ol>
<p><b>Nr. 36</b></p>	<p><b>Hartmut Bohrer Die Linke</b></p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Ich frage den Magistrat:</p> <p>Dem Regionalbahnhof Kastel kommt - nicht nur in der aktuellen Situation - eine wachsende Bedeutung zu. Seit Jahrzehnten wird bemängelt, dass er nicht barrierefrei ist, über keine uneingeschränkt zugängliche Toilette verfügt und die Bahnsteige bei geschlossener Schranke von der Rheinuferpromenade aus nicht erreichbar sind.</p>

		<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Wann werden die einst vorgestellten Pläne des Umbaus zur Barrierefreiheit endlich umgesetzt?</li> <li>2. Wann erfolgt endlich ein Zugang von Seiten der Rheinuferpromenade?</li> <li>3. Wann werden Radweg und Fußweg von den Neubaugebieten LINDE-Areal und Wohnen am Bürgerhaus, in denen nun rund 1000 Wohnungen entstehen, sowie vom Nahversorgungszentrum "Am Gückelsberg" zum Bahnhof realisiert?</li> </ol>
Nr. 37	<b>Mechthilde Coignè</b> <b>Die Linke</b>  Dez. III z.w.V.	<p>Ich frage den Magistrat:</p> <p>Coronabedingt konnten viele Einrichtungen, Vereine und Initiativen für 2020 und 2021 geplante Veranstaltungen nicht oder nicht wie geplant durchführen. Nicht selten mussten Veranstalter Ausgaben tätigen, denen keine oder nur deutlich geringer als geplant Einnahmen gegenüberstanden. Die Gewährung städtischer Zuschüsse war bzw. ist hierbei oft an die Durchführung geplanter Veranstaltungen gebunden.</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. In welcher Höhe wurden Zuschüsse zurückgefordert, weil Einrichtungen, Vereine oder Initiativen ihre vertraglichen Verpflichtungen bei der Durchführung einer Veranstaltung nicht erfüllen konnten?</li> <li>2. Wie viele Vereine oder Initiativen wurden angeschrieben?</li> <li>3. Wie viele Widersprüche gegen die Rückforderungen gibt es?</li> <li>4. Inwieweit wurden Anträge gestellt, weil coronabedingt Mehrausgaben entstanden?</li> <li>5. Inwieweit wurden diese Mehrausgaben durch entsprechende Zuschüsse ausgeglichen?</li> </ol>
Nr. 38	<b>Alexander Winkelmann</b> <b>FDP</b>  Dez. I z.w.V.  <b>Schriftliche</b> <b>Beantwortung</b>	<p>Die Sanierung des Bürgerhauses Sonnenberg und die entsprechende Kommunikation des Magistrates zu dieser Thematik hat für Irritationen beim Ortsbeirat und den Vereinen, die das Bürgerhaus nutzen, gesorgt. Insbesondere fehlt es an einem Zeitplan und Ausblick für die Umsetzung der Maßnahme - die Maßnahme ist außerdem nicht auf der Vorhabenliste der Stabsstelle Wiesbadener Identität. Engagement. Bürgerbeteiligung zu finden.</p> <p>Ich frage daher den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Wie sind der aktuelle Stand und Zeitplan für die Sanierung des Bürgerhauses Sonnenberg?</li> <li>2. Welche Informationskampagnen sind von Seiten des Magistrates bzgl. des Vorhabens geplant?</li> <li>3. Wieso wurde das Vorhaben nicht auf die Vorhabenliste zur Bürgerbeteiligung aufgenommen?</li> </ol>

<p><b>Nr. 39</b></p>	<p><b>Felix Kisseler Grüne</b></p> <p>Dez. IV z.w.V.</p>	<p>Ausgerechnet im Titel der Broschüre „Hochbauamt Wiesbaden - Ursprünge und Geschichte“ kam ein kleines „r“ abhanden. Offensichtlich, aber gänzlich unerwartet und scheinbar genau deshalb so leicht zu übersehen. Sommerpause und Corona-Pandemie haben die Aufklärung und den für das Hochbauamt kostenfreien Neudruck etwas verzögert. Der Fehldruck steht nun im Regal neben dem Nachdruck und mit letzterem bitte ich, wenn wir Stadtverordnete auch Nachsicht gewähren, folgende Frage zu klären:</p> <p>Wie hoch sind die Kosten der „Neuaufgabe“ und wer trägt diese?</p>
<p><b>Nr. 29</b></p>	<p><b>Silas Gottwald SPD</b></p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Im Januar 2019 berichtete der Wiesbadener Kurier, dass nur knapp jeder vierte der rund 880 Bussteige in Wiesbaden barrierefrei ausgebaut ist. Das Personenbeförderungsgesetz fordert eine vollständige Barrierefreiheit des öffentlichen Personennahverkehrs bis zum 01. Januar 2022. Der aktuell gültige Nahverkehrsplan der Stadt Wiesbaden und des Rheingau-Taunus-Kreises „empfiehlt“ daher für alle Bushaltestellen, unabhängig von deren Frequentierung, (u.a.) taktile Leitstreifen und erhöhte Bordsteinkanten.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Wie viele Bushaltestellen in Wiesbaden sind noch nicht mit taktilen Leitstreifen, erhöhten Bordsteinkanten und weiteren Maßnahmen zur Barrierefreiheit ausgestattet?</li> <li>2. Wie viele der Haltestellen aus Frage 1 liegen in den jeweiligen, vom Nahverkehrsplan definierten Haltestellentypen (Kategorien A, B, C, D)?</li> <li>3. Wie ist der Zeit- und Finanzplan der weiteren Umrüstung der verbleibenden Bushaltestellen im Wiesbadener Stadtgebiet?</li> </ol>
<p><b>Nr. 28</b></p>	<p><b>Aman Yoseph SPD</b></p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Die Landstraße 3028 (<i>Am Wellinger</i>) führt im Bereich Auringen direkt entlang der Siedlungen Tannenring und Am Rotenberg. Die Anwohner sind durch die Nähe zur A3 bereits erhöhten Lärm- und Abgasemissionen ausgesetzt. Der einseitige Fußweg ist recht schmal, die Einmündungen in die Straßen oft unübersichtlich. Eine Reduktion der Höchstgeschwindigkeit von Tempo 70 auf 50 kann das Sicherheitsgefühl erhöhen und die Emissionsbelastung senken.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. In wessen Zuständigkeitsbereich fallen Regelungen zur Höchstgeschwindigkeit auf der L3028 (<i>Am Wellinger</i>) in der Auringer Gemarkung?</li> <li>2. Erachtet der Magistrat eine Geschwindigkeitsreduktion auf Tempo 50 zwischen dem Bahnübergang und dem Kreisverkehr (Abzweig <i>Am Hinkelhaus</i>) im Hinblick auf Lärm- und Luftbelastung sowie der Verkehrssicherheit als sinnvoll?</li> </ol>

<p><b>Nr. 42</b></p>	<p><b>Dr. Eckhard Müller</b> <b>AfD</b></p> <p>Dez. IV z.w.V.</p> <p><b>Mündliche</b> <b>Beantwortung</b> <b>am 10.02.2022</b></p>	<p>Die Landeshauptstadt Wiesbaden hat Akteneinsichtsrecht bei etwaigen Normenkontrollklagen im Zusammenhang mit der Entwicklungssatzung für das Ostfeld. Laut HGO sind die Gemeindevertreter, hier die Stadtverordneten, laufend über wichtige Verwaltungsangelegenheiten zu unterrichten.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Wie viele Normenkontrollklagen liegen beim Oberverwaltungsgericht im Zusammenhang mit der SEM zum Ostfeld aktuell vor?</li> <li>2. Wann plant der Magistrat, die Stadtverordneten über Inhalt und Sachstand der Klagen zu unterrichten?</li> <li>3. Haben die Fraktionen nach Auffassung des Magistrats das Recht zur Akteneinsicht in die Klageschriften?</li> </ol>
<p><b>Nr. 43</b></p>	<p><b>Roman Bausch</b> <b>AfD</b></p> <p>Dez. IV z.w.V.</p> <p><b>Mündliche</b> <b>Beantwortung</b> <b>am 10.02.2022</b></p>	<p>Immer wieder kommt es in den besonders verkehrsreichen Zeiten morgens zu Behinderungen durch große Fahrzeuge der Müllabfuhr. So bildet sich in der Rambacher Straße im Stadtteil Sonnenberg hinter dem Müllfahrzeug regelmäßig ein langer Rückstau in Richtung Ostpreußenstraße mit langen Wartezeiten für Berufspendler. Auch der Busverkehr ist davon betroffen.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Gibt es weitere Straßen in der Landeshauptstadt Wiesbaden, wo es durch die Müllabfuhr zu langen Wartezeiten und Rückstaus kommt und welche sind das?</li> <li>2. Welche Möglichkeiten sieht der Magistrat, dieses Problem in Kooperation mit der ELW zu lösen?</li> <li>3. Können die Routen der Müllabfuhr zeitlich so verlegt werden, dass solche neuralgischen Punkte in den Stoßzeiten nicht befahren werden?</li> </ol>
<p><b>Nr. 44</b></p>	<p><b>Renate Kienast-Dittrich</b> <b>BLW/ULW/BIG</b></p> <p>Dez. I z.w.V.</p>	<p>Am 25.10.2021 berichtete die Presse von einem Gast im Wiesbadener Hallenbad Kleinfeldchen, dessen QR-Code wegen fehlender Lesegeräte an der Schwimmbadkasse nicht überprüft werden konnte. Dem Badewilligen wurde daher der Zugang zum Schwimmbad verwehrt.</p> <p>Ich bitte den Magistrat folgende Fragen zu beantworten:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Ist es in den Wiesbadener Schwimmbädern schon öfter vorgekommen, dass einem geimpften, genesenen oder getesteten Gast wegen Problemen mit der Lesbarkeit des QR-Codes der Zugang zum Bad verwehrt wurde? Wenn ja wie oft und wo?</li> <li>2. Welche Möglichkeiten gibt es solche Probleme zu vermeiden?</li> <li>3. Die entsprechende CovPass Check-App gibt es kostenlos vom RKI. Was würde die Anschaffung von entsprechenden Lesegeräten (Mobiltelefonen) für die Wiesbadener Schwimmbäder kosten?</li> </ol>

		4. Gab es eine Entschuldigung an den Gast und eventuell eine Kompensation eventuell in Form von kostenlosem Eintritt?
<b>Nr. 45</b>	<b>Denis Seldenreich AfD</b>  Dez. V z.w.V.  <b>Schriftliche Beantwortung</b>	Immer wieder stehen E-Scooter quer zum Gehweg und zwingen Passanten zum Ausweichen. Nicht nur die Nutzer der Roller stellen diese teils fußgängergefährdend ab, sondern offenbar auch die Anbieter selbst.  Ich frage den Magistrat:  1. Hat die LHW den Anbietern von Leih-E-Scootern Vorgaben für die Aufstellung von E-Scootern gemacht und falls ja, wie genau lauten diese Vorgaben? Falls nein, warum nicht? 2. Welche Sanktionsmöglichkeiten hat die LHW im Falle, dass E-Scooter-Anbieter sich nicht an die städtischen Vorgaben halten und/oder in anderer Weise gegen geltendes Recht verstoßen? 3. Wie viele und welche Verstöße von E-Scooter-Anbietern gegen Vorgaben der Stadt und/oder geltendes Recht gab es bisher und wie wurde dagegen vorgegangen? 4. Sieht der Magistrat hier auch Verbesserungsbedarf und was ist in dieser Hinsicht geplant?
<b>Nr. 46</b>	<b>Monika Giesa AfD</b>	<b>zurückgezogen</b>
<b>Nr. 47</b>	<b>Nicolas Jacobs CDU</b>  Dez. V z.w.V.	In früheren Jahren gab es die Regelung, dass sechs Wochen vor Weihnachten im öffentlichen Verkehrsraum keine Baumaßnahmen mehr durchgeführt werden.  Ich frage den Magistrat:  1. Gilt diese Regelung heute noch? 2. Wenn ja, wie wird in dieser Sache mit den Sperrungen und den Folgen der Sprengung der Salzachtalbrücke umgegangen? 3. Welche Baumaßnahmen wären von dieser Regelung betroffen? 4. Wenn nein, warum wird diese Regelung ausgesetzt?
<b>Nr. 48</b>	<b>Dr. Reinhard Völker CDU</b>  Dez. II z.w.V.	Die Inzidenzwerte steigen und es geht mit strammen Schritten auf den Winter zu. Noch immer sind viele Menschen nicht geimpft, was oftmals auch in Unsicherheit oder offenen Fragen begründet ist.  Daher frage ich den Magistrat:  Plant der Magistrat für die kommenden Wochen zusätzliche gezielte Informations- und Überzeugungsarbeit, um die Impfbereitschaft gerade bei Eltern und Kindern zu erhöhen, und wenn ja, welche?

<p><b>Nr. 32</b></p>	<p><b>Marc Dahlen</b>  <b>CDU</b></p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Auf der Biebricher Allee besteht im Bereich zwischen dem Landesdenkmal und dem „Kleinen Bahnhof“ ein Durchfahrtsverbot für Fahrzeuge über 24 Tonnen, welches offenbar dem Schutz der dortigen Brücke über die Bahngleise dient.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Mit welcher Häufigkeit wird dieses Durchfahrtsverbot kontrolliert und wie viele Verstöße wurden bislang geahndet?</li> <li>2. Finden seit der Sperrung der Salzachtalbrücke dort verstärkte Kontrollen statt, um Schäden von der Brücke durch den verstärkten Lkw-Verkehr abzuwenden?</li> </ol>
<p><b>Nr. 50</b></p>	<p><b>Rainer Pfeifer</b>  <b>CDU</b></p> <p>Dez. I z.w.V.</p>	<p>Seit Jahren macht der städtische Eigenbetrieb mattiaqua Verluste im Millionen Bereich, weshalb der Betriebskostenzuschuss permanent erhöht bzw. im Nachgang, spätestens nach fünf Jahren zum Haushaltsjahr, ausgeglichen werden muss.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Was gedenkt der zuständige Dezernent gegen die, sich stetig verschlechternde, Situation zu unternehmen?</li> <li>2. Wieso müssen die städtischen Eigenbetriebe nicht wirtschaftlich haushalten?</li> <li>3. Welche Wege gedenkt die Betriebsleitung einzuschlagen um eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation zu erreichen.</li> </ol>
<p><b>Nr. 51</b></p>	<p><b>Marc Dahlen</b>  <b>CDU</b></p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Ende September 2020 wurde die Straße Am Landeshaus für Rechtsabbieger Richtung Biebrich vom Kaiser-Friedrich-Ring gesperrt. Die Sperrung erfolgte ohne Beteiligung der Gremien und zudem für unbestimmte Zeit. Gleichzeitig ist die verkehrliche Umsteuerung an besagter Kreuzung Kaiser-Friedrich-Ring/Am Landeshaus noch nicht abgeschlossen. Der zuständige Dezernent berichtete, dass eine Rechtsabbiegemöglichkeit am Kaiser-Friedrich-Ring Ecke Biebricher Allee geprüft werde.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Wie weit sind die Planungen bzgl. der Schaffung einer entsprechenden Abbiegemöglichkeit?</li> <li>2. Wann wird das Abbiegen vom Kaiser-Friedrich-Ring auf die Biebricher Allee möglich sein?</li> </ol>

<p><b>Nr. 52</b></p>	<p><b>Nicole Röck-Knüttel</b> <b>CDU</b></p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Am 2. August 2021 veröffentlichte das Pressereferat, dass in den Ortsverwaltungen und im Umweltladen sog. Bti-Tabletten gegen Schnaken kostenlos ausgegeben werden. Bei der Ausgabe der Tabletten handelte es sich um eine Maßnahme gegen die Verbreitung heimischer und exotischer Stechmücken, zu denen auch die Tiger- und Buschmücken gehören.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Wie viele Bti-Tabletten wurden im Sommer 2021 über die Ortsverwaltungen und den Umweltladen ausgegeben?</li> <li>2. Wie viel hat die Maßnahme die LHW gekostet?</li> <li>3. Wurde außerdem städtischerseits damit gearbeitet, etwa an Friedhofswasserstellen, in Parkanlagen o.ä.?</li> <li>3. Welche Aufzeichnungen zur Verbreitung der jeweiligen Mückenarten stehen der LHW zur Verfügung?</li> <li>4. Hatte die Maßnahme messbare Auswirkungen auf die Verbreitung der Stechmücken?</li> <li>5. Ist es geplant die Aktion zu wiederholen?</li> </ol>
<p><b>Nr. 53</b></p>	<p><b>Myriam Schilderoth</b> <b>CDU</b></p> <p>Dez. II z.w.V.</p>	<p>Der Hessische Innenminister sowie der Präsident des Landesamts für Verfassungsschutz Hessen haben kürzlich ihren Verfassungsschutzbericht des Jahres 2020 präsentiert. Hier zeigt sich ein Anstieg von Straftaten und Gewaltdelikten in fast allen Bereichen.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Wie viele dieser Straftaten wurden in Wiesbaden begangen?</li> <li>2. Wie lassen sich diese Gewalt- und Strafdelikte auf die Bereiche Rechtsextremismus, Islamismus und Linksextremismus unterteilen?</li> <li>3.</li> </ol>
<p><b>Nr. 54</b></p>	<p><b>Sylvia Schob</b> <b>FDP</b></p> <p>Dez. III z.w.V.</p> <p><b>Schriftliche Beantwortung</b></p>	<p>Am 3. November war die Klasse 9b der Albrecht-Dürer-Schule im Rathaus im Rahmen des Programms „Schule im Rathaus“. In der Diskussionsrunde im Stadtverordnetensitzungssaal wurde u.a. die Frage, wie lange die Sanierungs- und Umbaumaßnahmen noch dauern werden.</p> <p>Die Schülerinnen und Schüler werden „übergangsweise“ in Containern unterrichtet. Die Container wurden auf dem Fußballplatz der Schule aufgebaut und die Zusage, eine andere Freifläche für Bewegung und Außensport wurde bis heute nicht eingehalten.</p> <p>Ich frage daher den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Warum wurde keine alternative Fläche für Außensport bisher zur Verfügung gestellt?</li> <li>2. Liegen die Baumaßnahmen im geplanten zeitlichen Rahmen?</li> <li>3. Wenn ja - wie lange werden die Maßnahmen noch andauern? Wenn nein - welche Verzögerungen liegen</li> </ol>

		<p>warum vor und welche Auswirkungen hat dies für die gesamte Baumaßnahme?</p> <p>4. Findet ein regelmäßiger Sachstausaustausch mit der (Interims-)Schulleitung statt?</p>
Nr. 55	<p><b>Gabriele Enders</b> FDP</p> <p>Dez. III z.w.V.</p> <p><b>Schriftliche Beantwortung</b></p>	<p>Im Oktober wurde den Lehrkräften der Grundschule Sauerland mitgeteilt, dass die Tische in den Klassenräumen coronabedingt von den Reinigungsteams nicht mehr gereinigt würden. Dies erscheint angesichts der steigenden Inzidenzen und der fehlenden Impfmöglichkeit für Grundschulkindern fehlgeleitet.</p> <p>Ich frage daher den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Trifft es zu, dass Oberflächen und Tische in der Grundschule Sauerland nicht mehr gereinigt werden? Wenn ja, mit welcher Begründung?</li> <li>2. Wie stellt sich die Situation an den anderen Wiesbadener Schulen dar?</li> <li>3. Wurde im Rahmen der Infektionsschutzmaßnahmen das Reinigungsprogramm für die Schulen seit März 2020 angepasst? Wenn ja, welche Änderungen gab es und sind dadurch Mehrkosten entstanden?</li> </ol>
Nr. 57	<p><b>Brigitte Forßbohm</b> Die Linke</p> <p>Dez. I z.w.V.</p>	<p>Ich frage den Magistrat</p> <p>Laut Presse sollen zusätzliche US-amerikanische Militäreinheiten in Kastel stationiert werden. Es geht um das 56. Artillery Command, sowie um eine Second Domain Multi-Task-Force. Es ist die Rede von 560 Soldaten und 740 Angehörigen.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Wann ist mit der Stationierung der oben genannten Einheiten zu rechnen?</li> <li>- Gibt es einen Zeitplan für die Stationierung?</li> <li>- Hat die Stationierung weiterer Einheiten schon begonnen?</li> <li>- Stimmt es, dass die 56. Artillery Command mit Hyperschallraketen, genannt „Dark Eagle“, ausgestattet werden soll?</li> <li>- Welche Aufgaben nimmt die im September 2021 in Erbenheim in Dienst genommene „Second Multi-Domain Task Force“ in Bezug auf Aufklärung und elektronische Kriegsführung wahr?</li> <li>- Welche Folgen sieht der Magistrat durch erhöhte Lärmemissionen und Verkehrsbewegungen für die vorhandenen und geplanten Wohngebiete?</li> <li>- Sieht der Magistrat Gefahren für die LHW durch die Stationierung von Hyperschallraketen mit großer Reichweite bei etwaigen Gegenschlägen?</li> </ul>
Nr. 35	<p><b>Nina Schild</b> Die Linke</p>	<p>nach Tausch zurückgezogen</p>

<p><b>Nr. 59</b></p>	<p><b>Christian Bachmann</b>  <b>FW/Pro Auto</b></p> <p>Dez. V z.w.V.</p> <p><b>Schriftliche</b>  <b>Beantwortung</b></p>	<p>In einer Pressemitteilung des Umweltamtes vom 26.11.2021 wird von einer signifikanten Reduzierung der Stickoxide im Jahresmittel gesprochen.</p> <p>Ich frage in diesem Zusammenhang den Magistrat:</p> <p>1. Wie ist die genaue Entwicklung des Jahresmittel im Zeitraum 2015 - 2021</p> <p>2. Welche der Pressemitteilung genannten Maßnahme hat jeweils welchen Anteil an der Senkung der Werte? (Umstellung der Busflotte auf E-Antrieb, Ausbau der Radinfrastruktur, Verbesserung in der Motorentchnik und der Abgasreinigungsanlagen im Kraftfahrzeugbereich sowie die Corona-Pandemie mit Anstieg der Home-Office Nutzung).</p>
----------------------	---	---